

Zweierlei Bürger, im Bus und im Staat

Autor(en): **Schnieper, Marlène**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **102 (2008)**

Heft 11

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-390004>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Marlène Schnieper

Zweierlei Bürger, im Bus und im Staat

• Ein Knäuel schwitzender Menschen drängt sich in Bethlehem in den Kleinbus nach Jerusalem. Ich schaffe es nicht einmal, bis zum Chauffeur vorzudringen, der die Billette ausgibt. Ermattet setze ich mich auf eine Mauer im Schatten eines Feigenbaumes, um auf den nächsten Bus zu warten, ziehe ein Manuskript aus der Tasche, lese eine Weile. «So kommen Sie hier nie fort», spricht mich ein Palästinenser an, der sich neben mich gesetzt hat und die Beine baumeln lässt. Ich schlage vor, dass wir uns organisieren. «Beim nächsten Anlauf könnten Sie ja die Tickets für uns beide lösen, ich besetze unterdessen zwei Plätze.»

Die Rollenteilung hilft. Bald sitzen wir nebeneinander im Bus, kommen ins Gespräch. Hassan Faraj, so heisst mein neuer Bekannter, ist Psychologe. Er stammt aus Ostjerusalem, das Israel im Sechstagekrieg von 1967 besetzte und später annektierte. Die Palästinenser dort sind nicht israelische Staatsbürger, sondern nur Niedergelassene, ausgestattet mit der blauen Identitätskarte, an die das Residenzrecht in der heiligen Stadt geknüpft ist. Dieser Ausweis räumt seinen Inhabern in Israel eine Bewegungsfreiheit ein, die Palästinenser sonst nicht besitzen, gleichzeitig trennt er sie von ihren Landsleuten im besetzten Gebiet. Mit der blauen ID kann Faraj zwar pro-

blemlos nach Tel Aviv zum Baden fahren, um Vorlesungen in Bethlehem in der südlichen Westbank zu besuchen, muss er jedoch einige Hürden nehmen.

Die Annexion Ostjerusalems wurde völkerrechtlich nie anerkannt. Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas geht davon aus, dass Jerusalem im Rahmen der von ihm angestrebten Zweistaatenlösung auch zur palästinensischen Hauptstadt wird. Deshalb pocht Abbas darauf, dass Israel im fraglichen Raum nicht ständig neue Tatsachen schafft. Entlang der zehn Kilometer, die zwischen Bethlehem und Jerusalem liegen, reiht sich indes eine jüdische Siedlung an die andere: Neve Daniel, Beitar Illit, Har Gilo, Har Homa. Bethlehem, die Stadt, in der die Geburtskirche Jesu steht, ist auf drei Seiten vom Sperrwall eingekreist, via Bypass-Strassen und Tunnels brausen die Israeli über die palästinensischen Dörfern hinweg.

Am Checkpoint vor Jerusalem muss Faraj wie alle anderen palästinensischen Passagiere aus dem Bus steigen. 15 Frauen und Männer müssen neben dem Fahrzeug mit im Nacken verschränkten Händen warten, bis israelische Soldaten ihre Papiere kontrolliert haben. Geduldig lässt der Psychologe die Prozedur über sich ergehen. Als er nach einer Viertelstunde zurückkommt, drücke ich meine Scham darüber aus, dass ich mit meinem Schweizer Pass als Einzige sitzen bleiben durfte. «Allzu lang sind Sie wohl noch nicht hier, sonst wären Sie nicht so empfindlich», spottet er. «Unsereins ist schon froh, wenn die Militärs ihre Machtdemonstration zügig abspulen.»

Den Friedensprozess, den sein Präsident zusammen mit Israels Premier Ehud Olmert vor einem Jahr in Annapolis neu lancierte, vergleicht Faraj mit einem therapeutischen Experiment. «Erst bauen die Israeli eine gigantische Gefängnismauer um uns herum. Wenn sie dann sechs der 600 Riegel wieder entfernen, verkaufen sie uns das als Fortschritt,

für den wir dankbar sein sollten. Das ist Verhaltenstherapie mit umgekehrten Vorzeichen – und wir, die wir längst vergessen haben, was Freiheit ist, fallen auch noch drauf rein», resümiert er. Der Mann ist erst 28-jährig, trotzdem glaubt er nicht, dass er einen palästinensischen Staat noch erleben wird.

In Ostjerusalem arbeitet der Therapeut mit palästinensischen Jugendlichen, die einen halben Kilometer vom Zentrum der israelischen Hauptstadt entfernt, in Drittwelt-Verhältnissen aufwachsen. Täglich umfährt er dort israelische Baustellen, welche die Grüne Linie, die Waffenstillstandslinie von 1949, zur Illusion werden lassen. Er höre Bob Dylan und lese Philip Roth, empfinde sich als moderner Weltbürger, sagt Faraj. «Die Formel zwei Staaten für zwei Völker hielt ich stets für die schmerzloseste Art, die Jahrhunderttragödie in Nahost zu beenden. Inzwischen zweifle ich freilich, ob ein Palästinenserstaat in den Grenzen, wie sie vor 1967 galten, überhaupt noch zu verwirklichen sei.»

Zwar hatten sich Abbas und Olmert in Annapolis vorgenommen, ein Dokument über den definitiven Status eines solchen Staates noch vor Ende der Amtszeit von US-Präsident George W. Bush zu unterzeichnen. Aber der Palästinenserpräsident vermochte die Spaltung in den eigenen Reihen bisher nicht zu überwinden, Olmert ist Regierungschef auf Abruf. Der scheidende US-Präsident braucht seine letzte Kraft, um die Wirtschaftskrise einzudämmen. Die Hoffnung, dass die Konfliktparteien noch in der Ära Bush eine Übereinkunft für eine Zweistaatenlösung verabschieden könnten, sinkt gegen null.

In dieser Situation diskutieren palästinensische Intellektuelle einen Strategiewechsel. Immer lauter erklingt der Ruf, die Autonomiebehörde, ein Vermächtnis des Teilabkommens von Oslo 1993, aufzulösen. Die Palästinenser gaben sich damals mit einer beschränkten

Selbstverwaltung zufrieden, die sukzessive ausgedehnt werden sollte, bis ein palästinensischer Staat an Israels Seite Gestalt angenommen hätte. Was einst als Errungenschaft gefeiert wurde, ist in den Augen vieler zur Farce verkommen. Die internationale Gemeinschaft solle die Milliarden, mit denen sie dieses Luftschloss finanziere, entweder an fassbare Fortschritte bei den Friedensverhandlungen knüpfen oder die Mittel zurückziehen. So werde Israel vielleicht eher Hand bieten zu einer politischen Lösung, argumentiert etwa der Philosophieprofessor Sari Nusseibeh, Rektor der Al-Quds-Universität.

Nusseibeh, lange ein Verfechter der Zweistaatenlösung, warnt auch, dass dieses Konzept an Rückhalt verliert. «Wenn sich die israelischen und palästinensischen Politiker nicht rasch auf ein Abkommen einigen, das meinem Volk erlaubt, sein Selbstbestimmungsrecht in einem souveränen Staat wahrzunehmen, so werden wir andere Möglichkeiten erwägen müssen. Eine Alternative wäre Koexistenz unter einem Dach. Die Palästinenser werden sich ihre Rechte dann in einem binationalen Staat erstreiten müssen, der gleichzeitig demokratisch umzugestalten wäre.» Faraj meint allerdings, so einfach wie bei einer Busfahrt von Bethlehem nach Jerusalem sei das organisatorisch nicht. Die Israeli würden auch weitere Kriege nicht scheuen, um binationale Pläne zu zerschlagen, fürchtet der Psychologe. Nusseibeh pflichtet ihm indirekt bei. «Eine Zweistaatenlösung können die Parteien schon morgen beschliessen. Gleichberechtigung in einem einzigen Staat hingegen werden wir erleiden müssen. Das kann nochmals 100 Jahre dauern», unterstreicht der Philosoph. ●